

Literatur

Berghahn, Sabine/Klapp, Micha/Tischbirek, Alexander, 2016: Evaluation des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. Erstellt im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes vom Büro für Recht und Wissenschaft GbR mit wissenschaftlicher Begleitung von Prof. Dr. Christiane Brors. Berlin, Baden-Baden.

Sarah De Groof

Work-Life Balance in the Modern Workplace. Interdisciplinary Perspectives From Work-Family Research, Law and Policy

GESINE FUCHS

In diesem Band erkunden insgesamt 34 Autor*innen in 16 Beiträgen und einer kurzen Einleitung, wie die breitgefächerten Erkenntnisse aus Rechtswissenschaft, Politikwissenschaft, Familien- und Organisationssoziologie zur Work Life Balance (WLB) bzw. zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu besseren Politiken in diesem Bereich beitragen können. Nur einige können hier vorgestellt werden. Die interdisziplinäre Zusammenstellung macht dabei deutlich, wie wichtig z.B. soziologische Erkenntnisse für das Design wirksamer Policies sind, oder dass sich allein mit dem Fokus auf organisationale Kulturen noch keine breite Veränderung der Praxen erreichen lässt.

Alberto Barrio und *Nuna Zekic* leisten eine Auslegeordnung von Crowdwork, also von Arbeiten, die auf Bestellung von Personen ausgeführt werden, die über Online-Plattformen rekrutiert werden. Sie fassen Forschungsergebnisse zusammen, nach denen die WLB von Crowdworkern wegen unsicheren, nicht kalkulierbaren Arbeitsanfalls, niedriger Entschädigung und aufwändiger Arbeitssuche im Netz eher schlecht ist. Für die weitere Policy-Diskussion zur Regulierung dürfte wichtig sein, ob Crowdworker als Arbeitnehmer*innen, als Selbstständige oder als eine neue Art von Erwerbstätigen gelten. Hierzu liefert der Beitrag wichtige arbeitsrechtliche Überlegungen.

Sarah De Groof geht der Frage nach, wie das Arbeitsrecht zu einer guten WLB beitragen kann. Dazu fasst sie den Forschungsstand zu WLB in Bezug auf Höhe, Lage und Vorhersagbarkeit der Arbeitszeit, Zeitautonomie sowie Urlaube zusammen und entwickelt daraus Kriterien für das Arbeitsrecht, die an den entsprechenden EU-Richtlinien geprüft werden. Die Richtlinien, so De Groof, erlauben viele Ausnahmen, aber es finden sich zahlreiche WLB-freundliche Regelungen in nationalstaatlichem Arbeitsrecht, z. B. zu kurzfristigem Urlaub wegen dringender Familienangelegenheiten oder ein Recht auf Teilzeit, seltener eines auf Rückkehr in Vollzeit.

Angesichts fehlender gesetzlicher bundesstaatlicher Garantien in den USA entwickeln *Katherine S. Drake* und *Amy K. Brown* das Business Case-Argument für bezahlte Elternzeiten auf betrieblicher Ebene und verweisen dabei auf nötigen organisationskulturellen Wandel.

Unregelmäßige Arbeitszeiten (Schicht, Wechselschicht, Arbeit auf Abruf) sind in den USA zunehmend verbreitet, kommen häufiger in schlecht bezahlten Berufen vor und sind mit schlechter WLB verbunden, wie der Beitrag von *Lonni Golden* und *Jaeseung Kim* zeigt. Der Beitrag beschäftigt sich zwar nicht mit der politischen Durchsetzbarkeit, aber ihre Diskussion lässt vermuten, dass rechtliche Lösungen kaum realistisch sind und freiwillige Vereinbarungen schicht- und branchenspezifisch umgesetzt werden.

Barbara Kresals und *Ania Zbyszewskas* Vergleich der Elternzeitgesetze in Slowenien und Großbritannien zeigt exemplarisch auf, dass Einzelregelungen wie Dauer, Lage, Transferierbarkeit und Lohnersatzraten entscheidenden Einfluss auf die Arbeitnehmer*innenfreundlichkeit der Elternzeit haben sowie auf die Chance, Gleichstellung zwischen den Geschlechtern zu fördern. Sie entwickeln daraus Policy-Empfehlungen, etwa hohe Ersatzraten, keine Transferierbarkeit persönlicher Ansprüche und gute, verfügbare Kinderbetreuung sowie gesetzlich geschützte Flexibilität.

Eine ähnliche tiefgehende Analyse legen *Amanda Reilly* und *Annick Masselot* für Neuseeland vor, wo Beschäftigte nun das Recht haben, flexible Arbeitszeiten zu verlangen (aber nicht zu bekommen). Da die Vollzugsmechanismen schwach und die Strafen für Arbeitgeber*innen minimal sind, können besonders die prekär Beschäftigten kaum profitieren. Immerhin sind Nullstunden-Verträge auch dank gewerkschaftlicher Kampagnen seit kurzem verboten.

Am Schluss des Bandes kritisiert *Tracey Warren* die einseitige Fokussierung der WLB-Forschung auf die Höhe der Arbeitszeit und die Vernachlässigung des Geldes. Sie macht darin einen Mittelklassen-Bias aus: Für die Mittelklasse sei zu viel Arbeit häufig für das Vereinbarkeitsproblem verantwortlich, für die Arbeiter*innenklasse seien hingegen Unterbeschäftigung, ungünstige Lage der Arbeitszeit, mangelnde Zeitautonomie und zu niedrige Löhne viel stärkere Hindernisse guter WLB. Sie fordert den Einbezug von Geld als Analysekriterium in die künftige Forschung. Die Autorin zeigt damit, wonach intersektional informierte Vereinbarkeitsregelungen streben müssten.

Politikwissenschaftlich besonders interessant sind die Beiträge dort, wo sie in die Tiefen konkreter Maßnahmen einsteigen, den regulatorischen Rahmen analysieren und international vergleichen. Während viele Beiträge analytisch klar und informativ sind sowie mit klaren Schlussfolgerungen aufwarten, sind andere etwas detailverliebt, und man hätte sich eine zuweilen kritischere Perspektive auf den Gegenstand gewünscht. Dem Sammelband fehlt eine Klammer in Form eines Schlusskapitels: Wer nach komparativen Ergebnissen und Schlüssen für die Formulierung guter Vereinbarkeitspolitiken sucht, muss die Zusammenschau selbst leisten. Die Gesamtheit der Beiträge zeigt aber, dass kulturelle, organisationale und rechtliche

Veränderungen notwendig sind und in umfassenden erfolgversprechenden Policies zusammengedacht werden müssen.

Sarah De Groof, 2017 (Hg.): *Work-Life Balance in the Modern Workplace. Interdisciplinary Perspectives from Work-Family Research, Law and Policy*. Alphen an den Rijn: Wolters Kluwer (Bulletin of Comparative Labour Relations 98). 389 S., ISBN 90-411-8630-1.

Brigitte Bargetz

Ambivalenzen des Alltags. Neuorientierungen für eine Theorie des Politischen

DORIS ALLHUTTER

Wie werden gesellschaftliche Verhältnisse alltäglich angeeignet? Wie ist der Alltag in Macht- und Herrschaftsverhältnisse eingebunden? Wie kann eine Veränderung alltäglicher Praktiken als Transformation politischer Verhältnisse verstanden werden? Im Zentrum von *Brigitte Bargetz'* Auseinandersetzung mit dem Politischen stehen die „wirklichen Menschen“ (29) und ihre Alltagspraxen. *Ambivalenzen des Alltags* denkt Politik über den Staat hinaus und macht Alltag als kritisches Konzept nutzbar und Politik damit in ihrer Handlungsdimension erfassbar. Ein alltagstheoretisches Verständnis des Politischen geht davon aus, dass „kapitalistische Politik (...) den Alltag für (...) ihren Fortbestand benötig(t)“ (208) und reduziert diese „nicht auf subjekt- und körperlose unveränderliche Strukturen“ (192). Bargetz entwirft in ihrem Buch eine politische Theorie des Alltags und eröffnet mit ihr neue Perspektiven für eine kritische Gesellschaftstheorie, die sich gegen vergeschlechtlichte, rassistische und nationalistische Herrschaftsverhältnisse richtet.

Anhand einer *Kartografie des Politischen* (Kap. 2) lotet die Autorin die Potenziale unterschiedlicher Ansätze (Beck, Greven, Arendt, Zerilli, Mouffe, Rancière) für ein Denken des Politischen aus. Deren Geschlechtsblindheit stellt sie die feministische Kritik an der Dichotomie öffentlich-privat entgegen. Diese setzt fortwährend eine Trennung zwischen der öffentlichen Sphäre der Politik und einer scheinbar von staatlichen und ideologischen Herrschaftsverhältnissen freien Privatheit in Kraft. Mit Birgit Sauers Arbeiten zur Wirkmächtigkeit dieses liberalen Trennungsdispositivs wird deutlich, wie das Wechselspiel öffentlich-privat zur Aufrechterhaltung des bürgerlichen, kapitalistischen und patriarchalen Staates beiträgt. Bargetz schärft Sauers Konzept und fasst es als komplexes Dispositiv, das auch heteronormativ und heteronormierend wirkt und „als rassisierte, klassisierte und (neo-)koloniale und da-